

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Plenarsitzung vom 16.07.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Thema: Verhandlungen zwischen den Regierungen der DG und der wallonischen Region bzgl. Übertragung neuer Zuständigkeiten (Raumordnung, Wohnungsbau, Provinzzuständigkeiten und lokale Behörden)

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Ich bin in den letzten Tagen sehr oft auf den Ausgang der „gescheiterten“ Verhandlungen zwischen den Regierungen der DG und der wallonischen Region angesprochen worden. „Gescheitert“ nennt sie die Zeitung „Le soir“ in ihrer Ausgabe vom 13.Juli, ich persönlich würde eher sagen, dass die Verhandlungen gar nicht – oder NOCH gar nicht begonnen haben.

Die Reaktion meiner Gesprächspartner war meist Erstaunen und Verwunderung: „was soll das denn nun wieder? Die DG bereitet sich doch seit Jahren entsprechend einer Vereinbarung mit der WR in Arbeitsgruppen gründlich auf die Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungsbau vor? Und es gibt doch seit rund einem Jahrzehnt eine gemeinsame Forderung aller hiesigen Parteien zur Übernahme der Zuständigkeiten der Provinz und der dazu gehörenden

Finanzmittel? Wie kann man denn da auf einmal so tun, als stünde das alles nicht mehr auf der Tagesordnung?

Bei einigen meiner Gesprächspartner herrschten Verärgerung, Wut und Schuldzuweisungen vor: Da hörte man Begriffe wie „Doppelzüngigkeit“, „Mauscheln und Mauern hinter Parteikulissen GEGEN die lebenswichtigen Interessen der DG.“ Es gehe einigen doch nur darum, durch die Hintertür den berühmten „langen Arm“ wieder einzuführen, Subsidiarität und Transparenz auszuschalten und damit letztlich die Autonomie der DG zu sabotieren.

Harte Worte fürwahr.

In der Tat muss man sich die Frage stellen,

- wieso es jetzt auf einmal heißt „Vorwärts, Kameraden, wir marschieren zurück!“
- wieso da plötzlich von der DG verlangt wird, sie müsse erst einmal beweisen, dass die Übertragung von Zuständigkeiten einen Mehrwert darstelle
- wieso man sich plötzlich Sorgen macht um die „Kohärenz in der Gebietspolitik“, wobei mit Gebiet natürlich das Territorium der WR gemeint ist, während die Kohärenz des deutschen Sprachgebietes keine Rolle zu spielen scheint.

Einige Vermutungen drängen sich dem aufmerksamen politischen Beobachter förmlich auf. Lassen Sie mich mal einige in Form von Fragen aufwerfen:

1. Kann es sein, dass eine Reihe von Politikern die WR immer noch als ein homogenes Territorium sehen, das in typisch romanischer Weise zentralistisch regiert werden müsse? Kann es also sein,

dass sie unsere Vorstellung von Eigenverantwortlichkeit und Zusammenarbeit auf Augenhöhe als Separatismus missverstehen?

2. Kann es sein – mit Blick auf den Begriff „Fédération Wallonie-Bruxelles“ – dass eine Reihe von wallonischen Politikern für sich selbst gewisse Dinge beanspruchen, gleichzeitig aber nicht merken, dass sie genau diese Dinge der DG verweigern?
3. Kann es sein, dass verschiedene wallonische Politiker uns immer noch als zufällig deutsch sprechende Wallonen sehen, nicht aber als belgische Bürger mit eigener Sprache, eigener Kultur, eigener Denkweise, eigenen Ängsten aber auch eigenen Vorzügen?
4. Kann es sein, dass verschiedene wallonische Politiker immer noch Angst haben, mit der Übertragung von Befugnissen an die DG etwas zu verlieren, obwohl bisher jede Erweiterung der Autonomie der DG zu einem Gewinn auf beiden Seiten geführt hat und zu einer besseren, weil freiwilligen und gleichberechtigten Zusammenarbeit?
5. Kann es sein, dass verschiedene wallonische Politiker nicht ausreichend über unsere Geschichte – auch über die jüngste Geschichte mit der erfolgreichen Umsetzung eigener Vorstellungen in unseren Zuständigkeitsbereichen – informiert sind und daher ein unbegründetes Misstrauen an den Tag legen?

Wenn das so sein sollte, dann ist es mehr denn je wichtig, dass wir, die gewählten Vertreter der 75.000 deutschsprachigen Bürger Belgiens:

Erstens: mehr denn je mit einer Stimme reden, so wie wir es in den gemeinsamen Grundsatzklärungen zu den Vorstellungen über unsere Rolle im zukünftigen belgischen Staat getan haben,

zweitens: bei den wallonischen Politikern noch mehr als bisher Überzeugungsarbeit leisten und Vertrauen schaffen, damit sie erkennen, dass die Bereiche Wohnungsbau und Raumordnung direkt mit unserer eigenen Kultur- Lebens- und Denkweise zu tun haben und daher eine Übertragung dieser Zuständigkeiten keine Abspaltung und Zerstörung einer Kohärenz bedeutet, sondern eben gerade diese Kohärenz, diesen natürlichen Zusammenhang mit unserer Eigenheit als Deutschsprachige mit eigener Bau- und Wohnkultur in unserem Gebiet erst wieder herstellt,

drittens – und jetzt rede ich von den Provinzzuständigkeiten und den entsprechenden Finanzen – das immer wieder nach vorne bringen, was man in der einen oder anderen Form in unser aller Wahlprogrammen lesen kann, ich zitiere heute mal aus dem Programm der CSP: da steht unter dem Punkt **„Die Besonderheiten der DG stärker beachten“** u.a. folgendes: ständige Vertretung in Kammer und Senat, konstitutive Autonomie – **Übertragung der Provinzbefugnisse und -finanzen an die DG, um die Ausübung unserer Kompetenzen rationaler und effizienter zu gestalten – Übertragung gewisser Kompetenzen wie Raumordnung und Wohnungsbau an die DG.**

In diesem Zusammenhang fällt oft das Stichwort „Mehrwert für den Bürger der DG“ Was die Provinzbefugnisse angeht, habe ich diesen Mehrwert schon mehrmals verdeutlicht. Lassen Sie mich das noch einmal am folgenden Beispiel verdeutlichen:

Ich habe genau wie Sie in den vorigen Tagen den Immobiliensteuerbescheid erhalten. Dort wird Folgendes deutlich, und das ist bei Ihnen sicher nicht anders:

Von der Summe die ich als Immobiliensteuer jetzt einzahlen muss, gehen rund 43 Prozent, also fast die Hälfte an die Provinz,

welche damit Projekte in den Bereichen Unterricht, Kultur, Sport und Notdienste verwirklichen kann.

Für alle Immobilienbescheide der DG zusammengenommen macht das die stolze Summe von rund 13 Millionen aus – jedes Jahr.

Steuern zahlen ist eine Sache der Solidarität, und die Provinzsteuern sind daher für uns auch im Prinzip kein Problem, vorausgesetzt, sie fließen zu einem erheblichen Teil auch wieder an die Bereiche Unterricht, Sport, Kultur und an die Notdienste zurück.

Und genau da liegt das Problem: lediglich sechs Prozent der Summe, die aus der DG an die Provinz geht, fließen wieder an Unterricht, Sport, Kultur und Notdienste der DG zurück. Das liegt daran, dass die DG für diese Bereiche hier zuständig ist.

Was wir also hier erleben, ist ein gewaltiger jährlicher Finanztransfer zu Ungunsten der DG. Aus diesem Grunde wäre es eine Sache der Logik, der Moral und der Gerechtigkeit, wenn ein Großteil dieser 13 Millionen auch hier wieder verwendet würde. Deshalb steht die Übertragung der Zuständigkeiten und der Finanzmittel zu Recht auf der Tagesordnung der Verhandlungen mit der Wallonischen Regierung.

Die meisten von uns hier in diesem Hause haben häufig mit unseren französischsprachigen Mitbürgern zu tun, und ich selbst habe dabei immer die Erfahrung gemacht, dass die Zusammenarbeit immer dann sehr gut funktioniert, wenn gegenseitiger Respekt und Vertrauen vorhanden ist. Das wiederum kann nur funktionieren, wenn keine der beiden Seiten Angst haben muss, über den Tisch gezogen oder übervorteilt zu werden.

Bisher haben wir Deutschsprachige die Zuständigkeiten, die man uns übertragen hat, verantwortungsbewusst, pragmatisch und bürgernah wahrnehmen können. An vielen Beispielen lässt sich aufzeigen, wie bürokratische Hürden und Umwege abgebaut werden konnten zum Wohle der Bürger unserer Gemeinschaft – ich denke da beispielsweise an den Wegfall vieler Übersetzungen nach der Übernahme der Gemeindeaufsicht oder an die selbstverantwortliche Einigung unserer Gemeinden über die Verteilung der Gelder für den Wegebau. Auch in den Bereichen Unterricht, Krankenhauswesen und Soziales ist ein deutlicher Mehrwert geschaffen worden, auch das ist nicht zu nicht zu übersehen.

Wir rufen also alle hier Anwesenden auf, sich in ihrem Wirkungskreis aktiv dafür einzusetzen, dass ein Klima des Vertrauens und der Gleichberechtigung als Basis der Verhandlungen geschaffen wird.

Dann wird es auch möglich sein, dass uns die eben besprochenen Zuständigkeiten übertragen werden, ohne dass es dabei zu den eben angesprochenen Ängsten auf wallonischer Seite kommen muss.

Dann können wir weitere Zuständigkeiten selbst in die Hand nehmen, um die Lebensumstände unserer Bürger weiter verbessern zu können. So sehr ich auch einen Start der Tour de France hier bei uns für reizvoll empfinde, ebenso gerne aber würde ich über die dafür verwendeten Steuergelder selbst entscheiden und hiesigen Sporttalenten gezielt beim Aufbau ihrer Karriere unter die Arme greifen oder unseren Schulen **noch** bessere Arbeitsbedingungen verschaffen oder unseren Ersthelfern hier im Zentrum der DG eine Ausbildung erster Qualität in ihrer Muttersprache finanzieren.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.